



Karlsruher Liste Fraktion, Hebelstraße 21, 76133 Karlsruhe

Frau Bürgermeisterin
Yvette Melchien

76124 Karlsruhe

4. November 2025

Thema:

Maßnahmen zur Reduzierung von Zuschüssen mit bedarfsorientierter Umwidmung bzw. Streichung bestehender Mittel, Maßnahme Streichung Mittel der Beratungsstelle Grenzenlos des Freundeskreis Asyl e.V.

Antrag

Erneute Behandlung der Maßnahmen zur Reduzierung von Zuschüssen mit bedarfsorientierter Umwidmung bzw. Streichung bestehender Mittel, speziell der Maßnahme Streichung Mittel der Beratungsstelle Grenzenlos des Freundeskreis Asyl e.V. im Integrationsausschuss am 26. November 2025.

Sachverhalt / Begründung:

Nach zahlreichen Gesprächen mit Aktiven in der Arbeit mit Geflüchteten, Akteuren des Menschenrechtszentrums und des Freundeskreis Asyl e.V. selbst, erscheint die Maßnahme nicht schlüssig.

Das Angebot der Beratungsstelle Grenzenlos wird von wichtigen Akteuren der Karlsruher Geflüchtetenarbeit regelmäßig in Anspruch genommen, wie:

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Jobcenter
Jugendhilfeeinrichtungen: ITL
gSofa Bewährungshilfen
IBZ
Flüchtlingshilfe Karlsruhe e.V.
Gesellschaft für bedrohte Völker
Verein traumatischer Migranten
Justice Project e.V.

Heimstiftung
Pro Familia
Zefie
Parzival-Zentrum
SOZPÄDAL e.V.
Freunde für Fremde
MediNet
Mennonitisches Hilfswerk

allgemeine Soziale Dienste der Verbände: AWO, Caritas, Diakonie,
Asyl-Rechtsanwälte und Ärzte und Karlsruher Krankenhäuser



Auch städtische Ämter, wie zum Beispiel das Sozialamt, schicken Ihre Klienten zum Freundeskreis Asyl ins Menschenrechtszentrum, weil hier die kompetente Fachstelle ist.

Diese Fachstelle stellt einen wichtigen Baustein in der Integrationsarbeit mit Geflüchteten dar.

Die Streichung der Mittel für den Freundeskreis Asyl auf Null, bedeutet das Aus ihrer Arbeit im Menschenrechtszentrum (MRZ) und das Aus der vernetzten Strukturen in Karlsruhe.

In letzter Konsequenz wird es auch die Schließung des MRZ bedeuten.

Die Maßnahme erscheint uns Unverhältnismäßig. Wir beantragen daher eine erneute Behandlung der Maßnahme im Integrationsausschuss am 26. November 2025 um offene Fragen zu klären und nochmal eine Diskussion über den Prozess und die Begründung der Maßnahme führen zu können. Zudem erbitten wir Auskünfte über die zu erwartenden Konsequenzen für Geflüchtete, die das Angebot bis jetzt wahrgenommen haben.

Unterzeichnet von:

Lüppo Cramer

Sonja Döring

Michael Haug